

Zu meiner Person

Kornelia Wehlan, 1961 geboren, verheiratet, zwei Kinder, wohnhaft in Luckenwalde und von Beruf Agraringenieurin. Als Mitglied des Brandenburger Landtages verantworte ich für die Fraktion DIE LINKE den Fachbereich Agrarpolitik und ländliche Entwicklung. Kommunalpolitisch engagiere ich mich seit 1990 in Luckenwalde als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE sowie seit 1998 auch als Abgeordnete des Kreistages Teltow-Fläming.

Kommunalpolitik ist meine Leidenschaft. Die Einführung des Sozial- und Familienpasses in Luckenwalde 1992 war mein erster großer Erfolg. Und er zeigte: hier vor Ort entsteht Bindung, die mobilisiert. Hier entsteht Heimat, für die man einsteht.

Mit mir kandidieren im Wahlkreis 4:

Felix Thier, Hans-Jürgen Akuloff, Dr. Rudolf Haase, Evelyn Schröter, Marco Ott, Werner Fränkler, Rainer Höhn, Volker Uhlemann, Dr. Margitta Haase, Manfred Jura, Helmut Werner, Christa Peter, Michael Ebell, Eberhard Pohle

Liebe Wählerin, lieber Wähler,

unser Kreiswahlprogramm ist umfassender als der Platz in diesem Faltblatt hergibt. Ich stehe Ihnen deshalb gern Rede und Antwort zu uns und unseren inhaltlichen Schwerpunkten.

Ganz wichtig aber ist, überhaupt wählen zu gehen. Überlassen Sie nicht anderen Ihre Wahlentscheidung; schon gar nicht, dass wegen einer zu geringen Wahlbeteiligung Nazis in die Vertretungen einziehen.

Ihre



Kontakt:
DIE LINKE. Brandenburg
Kreisverband Teltow-Fläming
Zinnaer Straße 36
14943 Luckenwalde
Telefon: 03371/63 22 67
Fax: 03371/63 69 36
koniwehlan@aol.com
www.dielinke-teltow-flaeming.de

www.original-sozial.de



Original Sozial

Kornelia Wehlan:

Für Teltow-Fläming, ein starker Kreis stark für alle.

DIE LINKE.

Liebe Wählerinnen und Wähler,

es gibt viele gute Gründe, Ihre Stimme der LINKEN zu geben. Einige haben wir in unserem Kreiswahlprogramm zusammengefasst. Wir denken, dass ein Politikwechsel dringend erforderlich ist. Er ist mehr als lediglich ein Machtwechsel. Wir wollen eine Politik, die uns Bürgern eine bessere, eine gerechtere Teilhabe an Staat und Gesellschaft ermöglicht.

Menschenwürdige Arbeit hat Priorität

DIE LINKE fordert seit langem einen Mindestlohn, weil Dumpinglöhne sittenwidrig sind und zu Altersarmut führen. Auch fehlt Kaufkraft, was Handwerker und Dienstleister deutlich spüren. Die in der Region ansässigen Unternehmen müssen stärker an den öffentlichen Investitionen unseres Kreises teilhaben. Kommunale Unternehmen bleiben für die Grundversorgung unbedingt erforderlich. Energie muss bezahlbar sein.

Bildung ist die zentrale Schlüsselaufgabe

Bildung ist die Grundvoraussetzung dafür, dass sich Menschen selbstbestimmt entwickeln können. Deshalb

ist uns eine Bildung für alle – und zwar von Anfang an – besonders wichtig.

Wir setzen uns ein für mehr Qualität in der Bildung, den Kita-Platz für jedes Kind und das beitragsfreie Vorschuljahr. Die beste Familienpolitik ist die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben. DIE LINKE steht für den Erhalt eines wohnortnahen, alle Bildungsgänge umfassenden Schulangebotes – auch im ländlichen Raum. Wir sind für Beitragsfreiheit bei Mittagessen wie Schülerbeförderung und wollen das Sozialticket und den Einschulungszuschuss auch zukünftig sichern.

Die Kürzung der Schulsozialarbeiter-Stellen muss das Land zurücknehmen, auch Jugendarbeit darf nicht weiter eingeschränkt werden. Die Teilhabe an kultureller Bildung wie Bibliotheken ist für uns Teil sozialer Grundversorgung.

Soziale Gerechtigkeit schaffen

Soziale Gerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben zu führen, gehören für uns zusammen. Denn längst ist Kinderarmut auch in TF alltäglich. Deshalb sind gleichwertige Lebensverhältnisse für DIE LINKE das übergeordnete Ziel. Standards des öffentlichen Gesundheitswesens dürfen nicht abgebaut werden.

Gesichert sein muss eine gut erreichbare haus- und fachärztliche Behandlung. Der Zugang zu Sozialeinrichtungen, Sport- und Kulturstätten darf keine Frage des Geldbeutels sein. Wir brauchen eine Kommunalpolitik, die mit Senioren für Senioren gemacht wird. Dazu sind Seniorenbeiräte überall notwendig. Mobilität darf nicht eingeschränkt, sondern der öffentliche Personennahverkehr muss ausgebaut werden.

Rechtsstaat und Sozialstaat sind zwei Seiten einer Medaille. Die Rechtsordnung muss der Verwirklichung der Freiheitsrechte wie der sozialen Gerechtigkeit dienen. Wir wenden uns gegen eine Rechtspraxis, die sich zu Lasten der Schwachen auswirkt.

Für eine bürgernahe, moderne Verwaltung

DIE LINKE steht für eine moderne Verwaltung die eine bürger- und unternehmensfreundliche Beschleunigung von Verwaltungsabläufen garantiert. Es geht um eine partnerschaftliche Kommunikation zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft.

Wir Bürger sind die Kunden und Mandanten der Verwaltung und nicht ihr störendes Publikum.